

überaus intensiv und offensichtlich harmonisch tagenden Petitionsausschuss sagen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Wirksames Ambrosia-Bekämpfungskonzept jetzt erarbeiten und Ausbreitung nachhaltig eindämmen

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 5/8131

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit
und Verbraucherschutz

Drucksache 5/9199

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich komme also zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung „Wirksames Ambrosia-Bekämpfungskonzept jetzt erarbeiten und Ausbreitung nachhaltig eindämmen“ in der Drucksache 5/9199. Wer ihr Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Das sehe ich nicht. Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 11 und rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Umwelt- und Verbraucherschutzstandards der Europäischen Union nicht gefährden - Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen neu gestalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/8743

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Europaangelegenheiten
und Entwicklungspolitik

Drucksache 5/9184

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Frau Abgeordnete Richstein, Sie haben das Wort.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Man hat heute das Gefühl, wenn wir von der Zeit her nicht hinreichen, muss Europa es wieder richten. Wir sollen uns kurzfassen, hieß es.

Meine Damen und Herren! Die Europäische Union hat bis heute über 130 Freihandelsabkommen mit Drittstaaten, zumeist Entwicklungsländern, geschlossen. Bisher hat das den Landtag nicht weiter beschäftigt.

(Beifall des Abgeordneten Lipsdorf [FDP])

Warum nun ausgerechnet die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der wichtigsten Volkswirtschaft der Welt, den Vereinigten Staaten von Amerika, einen solchen Widerstand provozieren, ist wohl darauf zurückzuführen, dass es eine latente Unzufriedenheit und Skepsis gegenüber den Beziehungen zu den USA in unserer Gesellschaft gibt; mag sein, dass dies mit den NSA-Enthüllungen Edward Snowdens zusammenhängt. Diese latente Unzufriedenheit paart sich in der Debatte um das Freihandelsabkommen dazu noch mit einem gefährlichen Halbwissen vieler Akteure, welches in buchstäblicher Form des „Chlorhühnchens“ durch die öffentlichen Medien getrieben wird. Da werden wilde Behauptungen in den Raum gestellt, die nicht haltbar sind, und da wird das Ende der Demokratie heraufbeschworen.

Meine Damen und Herren! In Bezug auf die Frage der notwendigen Transparenz dieser Verhandlungen kann man lange und trefflich streiten. Was aber in der Debatte vollkommen unterschlagen wird, sind die Chancen, die sich für die Europäische Union, insbesondere für die durch die Eurokrise gebeutelten Euroländer, aber auch für die Bundesrepublik und das Land Brandenburg ergeben. Hier beziehe ich mich gern auf die Landesregierung und Minister Christoffers, der in der Antwort auf unsere Große Anfrage zu Europa und insbesondere zum Freihandelsabkommen schreibt:

„Vor dem Hintergrund der Relevanz des amerikanischen Marktes für Brandenburg und der US-Investitionen in Brandenburg wird die Bedeutung der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA als außerordentlich hoch eingeschätzt. [...] Trotz aller offenen Fragen und Bedenken könnten durch Handels- und Investitionserleichterungen infolge des Abkommens Außenhandel und Investitionen gefördert und neue Arbeitsplätze im Land Brandenburg geschaffen bzw. gesichert werden. Noch wichtiger als die Senkung der ohnehin bereits relativ niedrigen Zölle wäre für viele brandenburgische Unternehmen hierbei die Angleichung von Zulassungsrichtlinien. Hierdurch würde der Eintritt in den wichtigen US-Markt für viele Produkte und Dienstleistungen erleichtert bzw. überhaupt erst ermöglicht.“

Aber wo stehen diese Punkte in Ihrem Antrag? Nirgends! Der Antrag ist ein einziger Negativantrag. Man hat den Eindruck, Sie wollten die Grenzen am liebsten wieder ganz dicht machen und die Zölle wieder anheben. Sie tun so, als ob die Amerikaner ein Volk von reinen Umweltschändern und Verbraucherschutzignoranten seien. Es ist fast erschreckend, mit welcher Selbstüberhöhung Sie den Amerikanern gegenüberreten.

(Frau Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Jetzt reicht's aber!)

Meine Damen und Herren! Am 25. Mai haben wir in der Europäischen Union ein neues Europäisches Parlament gewählt. Wir alle reden immer von der hohen Bedeutung des Europäischen Parlaments. Und jetzt trauen Sie diesem Parlament nicht zu, die Interessen Europas in den Verhandlungen zu wahren? Auch die Mitgliedsstaaten werden am Ende über das Verhandlungsergebnis abstimmen. Dazu gehört auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel - übrigens ein vehementer Befürworter des Freihandelsabkommens.

Der Bundesrat hat darüber hinaus bereits am 7. Juni 2013, also schon vor über einem Jahr, die Bundesregierung in einer Entschließung aufgefordert, sicherzustellen, dass beim Frei-

delsabkommen besonderes Augenmerk auf die Errungenschaften der Europäischen Union im Bereich der Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel-, Gesundheits- und Datenschutzstandards sowie der Verbraucherrechte gelegt wird.

Ebenso hat der Bundesrat die Bundesregierung dazu aufgerufen, sich für eine transparente Verhandlungsführung und eine Veröffentlichung der Verhandlungsmandate einzusetzen sowie die Länder in regelmäßigen Abständen über den Fortgang der Beratungen umfassend und kontinuierlich zu informieren.

Also: Ihr Antrag ist durch den Bundesrat - übrigens mit Unterstützung der brandenburgischen Landesregierung - bereits vor über einem Jahr erfüllt worden. Er scheint daher wohl ein reines Feigenblatt zu sein, er kommt zu spät, und es ist vor allen Dingen der Duktus, den wir hier nicht unterstützen können. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Richstein. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD fort. Frau Abgeordnete Kaiser wird dies übernehmen.

Frau Kaiser (DIE LINKE):*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Annahme der vorliegenden Beschlussempfehlung des Ausschusses zum Thema Transatlantisches Freihandelsabkommen ist aus Sicht der Koalitionsfraktionen dringend zu empfehlen. Mit einer solchen Stellungnahme übernehmen wir als Landtag Verantwortung im Interesse des Landes, unserer Wirtschaft und Landwirtschaft, der Leute im Kulturbereich wie auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger als Verbraucher.

Wir handeln außerdem, Frau Kollegin Richstein, als Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Landes- und Kommunalebene im ureigenen demokratischen Interesse.

Wir können, vorausgesetzt, wir nehmen unsere verfassungsmäßige Aufgabe ernst, als Abgeordnete derzeit nur gegen die allermeisten Inhalte im jetzt bekannten Entwurf dieses Freihandelsabkommens argumentieren und erst recht gegen den ursprünglichen Plan, dieses Werk hinter verschlossenen Türen auszuhandeln und es dann dem Europaparlament als alternativlos oder nicht mehr besser verhandelbar vorzulegen nach der Devise: Friss, Vogel, oder stirb! - Ohnehin müssen die nationalen Parlamente wahrscheinlich auch gefragt werden, wenn TTIP ein sogenanntes gemischtes Abkommen wird, also nationalstaatliche Kompetenzen berührt sind. Es liegt also auch auf unserem Tisch.

Den Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verdanken wir den Ausgangsantrag. Der Ausschuss folgte dem Vorschlag der Koalitionsabgeordneten, noch am 11. Juni das ausführliche Fachgespräch durchzuführen. Im Ergebnis ist abzulesen: Die Anzuhörenden wie auch die Fraktionen des Landtages wichten Chancen und Risiken des TTIP sehr verschieden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, US-Regierung und EU-Kommission verhandeln seit 2013. Zum Glück - auch für uns

als Abgeordnete - gab es nicht nur couragierte Hacker, nicht nur kompetente NGOs und Europaabgeordnete, sondern auch Europawahlen. Durch die kritische Öffentlichkeit im Vorwahlkampf wurde das Thema gesetzt. Auch andere Landtage und das Berliner Abgeordnetenhaus haben sich detailliert kritisch positioniert. Ursprünglich sollte das TTIP bis 2015 ausverhandelt sein; inzwischen rechnet man mit einem bis zwei Jahren mehr. Eine europaweite Bürgerinitiative wird vorbereitet.

Die Linken im Bundestag, in Landtagen und im Europäischen Parlament fordern den Stopp der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der EU und den USA mit den jetzigen Zielen und hinter verschlossenen Türen. Dieser kritischen Linie folgen der Antrag der Grünen wie auch die nun vorliegende Beschlussempfehlung, letztere, das sei zugegeben, mit einer Kompromissformulierung, auf die wir uns sachlich gut einigen konnten. Auch die SPD auf Bundesebene hat übrigens, Frau Richstein, vor den TTIP-Beschluss klare inhaltliche Grenzen gesetzt.

Die Verfechter des TTIP selbst sind übrigens nach eigenen Worten deshalb für geheime Verhandlungen, um den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden - wahrscheinlich zu Recht. An der Stelle, sehr geehrte Frau Richstein, bei aller Wertschätzung, widerspreche ich Ihnen: Nicht Unkenntnis oder Halbwissen begründen die vorliegende Position der Ausschussmehrheit, sondern Erfahrungen und bisher bekannt gewordene Inhalte.

(Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Denn es geht bei TTIP nicht primär um den Abbau real kaum noch vorhandener Einfuhrzölle, sondern erstens vorrangig um die Beseitigung regulatorischer Hindernisse, die potenzielle Gewinne transnationaler Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks beschränken. Selbst die kommunalen Spitzenverbände unseres Landes warnen vor der realen Gefahr, dass das TTIP weitreichende und irreversible Folgen für die EU, ihre Mitgliedsstaaten, die Bundesländer, die Regionen und die Kommunen haben könnte, nicht nur für das Wettbewerbs- und Unternehmensrecht der EU. Als regulatorische Hindernisse gelten eben moderne, wichtige Standards im Verbraucher-, Natur- und Umweltschutz, im Arbeitsrecht usw.

Zweitens sollen durch TTIP neue Märkte geschaffen werden. Das ist gut für starke Exportnationen wie Deutschland, aber weniger gut für die südöstlichen und südwestlichen europäischen Länder. Transnationale Unternehmen sollen um öffentliche Dienstleistungen und Beschaffungsverträge konkurrieren können, der Kulturbereich wird gefördert.

Übrigens sage ich an der Stelle nur mal an die Adresse der CDU: Die Bundeskulturstaatsministerin Grütters aus Ihrer Partei ist vehement gegen das Verständnis von Kultur als Handelsware und will diese mit einer Generalklausel ausnehmen und unter Schutz stellen.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE - Zuruf der Abgeordneten Richstein [CDU])

Ich würde den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ebenso ausklammern.

Drittens - das ist für mich der entscheidende Punkt; ich hoffe,